

22.01.2017

Inhalt:		Geschwindigkeitsbegrenzung für Oldenburger Straße	S. 02
Den Schulstandort Herbrum erhalten	S. 01	PRKON muss Anlage nachbessern	S. 03
Rückblick auf die Kommunalwahl	S. 01	Chaos in der Verwaltung?	S. 06
Baubegleitende Kommission für das Jugendzentrum	S. 02	Rektorenvakanz in Papenburg	S. 07
Rückblick und Ausblick der SPD-Fraktion	S. 02	Unterstützung bei Schulmaterialien	S. 08

Juni 2007

Den Schulstandort Herbrum erhalten

Die SPD-Fraktion Papenburg begrüßte die Feststellung des Kreisrates Reinhard Winter in der Schulausschusssitzung des Landkreises, dass mittelfristig im Landkreis Emsland kein Schulstandort gefährdet wäre. Während im Landkreis Emsland CDU-Kreistagsabgeordnete und Gemeinden mit CDU-Mehrheit die Grundschulen vor Ort erhalten wollten, beschloss die CDU in Papenburg, die Grundschule in Herbrum zu schließen.

Die SPD-Fraktion forderte vor diesem Hintergrund, dass die CDU in Papenburg ihren Beschluss korrigieren sollte und den Erhalt des Schulstandortes Herbrum durch Modelle sichert, wie sie bei der Schulausschusssitzung des Landkreises vorgestellt wurden.

Die Kreisverwaltung hatte auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion einen Sachstandsbericht in den Schulausschuss eingebracht. Die Einschätzung des Kreises, mittelfristig sei kein Standort gefährdet, galt grundsätzlich für die allgemeinbildenden Schulen. Es ständen den Kommunen mehrere Möglichkeiten offen, bestehende Schulangebote zu sichern und zu stabilisieren. Genannt wurden hier die Fortführung als sogenannte Kleine Grundschulen, Kombiklassen, organisatorische Zusammenlegung von Schulen sowie eine gemeindeübergrei-

fende Zusammenarbeit. So würden vermehrt Kombiklassen gebildet beziehungsweise Kooperationen von Grundschulen in Nachbarorten. An 17 der 121 Grundschulen im Kreisgebiet bestanden bereits Kombiklassen. Das entsprach einem Anteil von 17 Prozent. In den kommenden Jahren dürfte dieser Wert weiter ansteigen. Die Kreisverwaltung rechnete damit, dass in fünf Jahren 36 Grundschulen (30 Prozent) Kombiklassen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht bilden müssten. Die Grundschulen Wippingen und Renkenberge sollten beispielsweise organisatorisch zusammengefasst werden. Im Zuge der Kooperation würden dann die Jahrgänge 1 und 2 an dem einen Standort unterrichtet, die Klassen 3 und 4 an dem anderen.

Eine solche Möglichkeit wäre nach Auffassung der SPD-Fraktion Papenburg auch für Herbrum und Aschendorf denkbar. Eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt über die Auflösung der Grundschule Herbrum war also nicht notwendig. Auch Kultusminister Busemann ermunterte die Kommunen, mit der Regierung um den Erhalt der kleinen Schulen zu kämpfen. Diese Botschaft schien in Papenburg noch nicht angekommen zu sein, denn ohne zwingenden Grund wurde der Schulstandort Herbrum im Wahlkreis des Ministers aufgegeben.

Juli 2007

Kandidaten in allen Kommunen

SPD soll emslandweit bei Bürgermeister- und Landratswahlen antreten – Neue Stellvertreter

ra HAREN. Die SPD soll im Emsland bei möglichst allen Bürgermeister- und Landratswahlen mit eigenen Kandidaten antreten, forderte die Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihle beim Kreisparteitag in Haren-Tinnen bei ihrem Rückblick auf die Kommunalwahl. „Das Ergebnis hat uns nicht zufrieden gestellt.“

Die Vorsitzende bedauerte, dass ihre Partei nicht in allen Kommunen Kandidaten für das Bürgermeisteramt gestellt habe. Da zukünftig auch eigenständige Bürgermeister- und Landratswahlen stattfinden, könne man sich den Verzicht auf eigene Bewerber nicht erlauben, fügte sie hinzu.

Mit dem im letzten Jahr gegründeten Bildungsforum bietet die SPD mit wohnortnahen Seminaren zu Themen wie Rhetorik, Presse und EDV, Methoden der Versammlungsleitung und praktische Kommunalpolitik Hilfen für die Arbeit in den Ortsvereinen an. Das Angebot sei bei den Teilnehmern auf starke Resonanz gestoßen, betonte die Vorsitzende.

Zu einer festen Einrichtung sei auf Kreisebene inzwischen der „Kommunale Frühschoppen“ mit den Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden geworden. Karin Stief-Kreihle warb für eine weitere Intensivierung der

Zusammenarbeit von Ortsvereinen und Fraktionen. Man habe damit begonnen, dass die Kreisfraktion zur Abstimmung politischer Inhalte alle Fraktionen der Städte und Gemeinden einlade. Ziel sei es, bei kreisweiten Themen zu gemeinsamen Positionen zu gelangen.

Die Vorsitzende kündigte für den Kreisprogrammparteitag mit Professor Wernstedt die Diskussion des neuen Grundsatzprogrammes und die Einbringung eigener Anträge für den Bundesparteitag an. Der neue Kreisvorstand sei gefordert, sich in den Landtagswahlkampf mit emsländischen Themen einzubringen.

Stief-Kreihle bestätigt

Die Wahlen zum Vorstand brachten Veränderungen. Während die Meppenerin Karin Stief-Kreihle in ihrem Amt bestätigt wurde, mussten die beiden Stellvertreterposten neu besetzt werden. Nachfolger von Astrid Jäger aus Lingen wurde der Borgeaner Klaus Fleer mit dem Superergebnis von nur einer Enthaltung. Für Peter Raske wählte die Versammlung Jörn Laue-Weltring. Schriftführerin bleibt Simone Plöger-van Dijk, Twist. Die Kasse wird weiterhin von dem Harener Georg Berenzen verwaltet. Neuer Bildungsbeauftragter ist Andreas Janikowski aus Twist. Beisitzer



Der Vorstand der SPD-Emsland sowie Gäste des Parteitages (von links): Jörn Laue-Weltring, Klaus Fleer, Simone Plöger-van Dijk, Geschäftsführer Remmer Hein, Andreas Janikowski, Clemens Bollen, Georg Berenzen, Karin Stief-Kreihle und Heinz Dirksen. Foto: Willy Rave

SPD will Lastzugeinsatz begrenzen

Gegen Gigaliner und für Lkw-Maut auf Bundesstraßen

ra HAREN-TINNEN. Gegen die Gigaliner und für eine Lkw-Maut auf mehreren Bundesstraßen hat sich der SPD-Kreisparteitag ausgesprochen.

Der Ortsverein Lingen legte den Antrag vor, wonach die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesverkehrsminister aufgefordert werden sollen, neue Fahrzeugkonzepte mit bis zu 60 Tonnen Gesamtgewicht und einer Länge von 25 Metern, so genannte Gigaliner, nicht zuzulassen. Nach einer langen Diskussion votierten 43 Delegierte für und 33 gegen den Antrag. Vom Ortsverein Emsbüren kam der Antrag, eine Lkw-Maut für die Bundesstraßen 70, 213 und 401 einzuführen. Offensichtlich handelte es sich bei einem nicht geringen Teil der diese Straßen befahrenden Lastwagen um „Mautflüchtlinge“, heißt es in dem Antrag.

„Niedriglöhne und Lohn Dumping sind schon lange kein Problem mehr, das nur Ungelernte betrifft“, heißt es in der Begründung des vom Ortsverein Meppen gestellten Antrages, einen gesetzli-

chen Mindestlohn von 7,50 Euro einzuführen. Ein weiterer Antrag aus Meppen fordert, per Gesetzesänderung verständliche Deklarationen in Ratenzahlungsverträgen zu verlangen.

Lernmittelfreiheit

Die Ortsgruppe Emsbüren hat beantragt, eine Kurzfassung der Präambel für das neue SPD-Grundsatzprogramm zu erstellen. Dieser Antrag wurde an den Kreisprogrammparteitag überwiesen. Ein weiterer Antrag aus Emsbüren forderte die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit. Der SPD-Kreisvorstand forderte in einem Antrag, als ersten Schritt zur gemeinsamen Schule die rechtlichen Voraussetzungen für die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu schaffen, um ein wohnortnahes Schulangebot vorhalten zu können. Die Lingen SPD möchte, dass der Landkreis aufgefordert wird, für Schulkinder Sonderbedarfe anzuerkennen und eine Umfrage zur Lage der Kinder durchzuführen.

Ems-Zeitung 09.07.2007

22.01.2017

Baubegleitende Kommission für das Jugendzentrum

Nachdem in dem Ausschuss für Kita, Jugend und Schule und in der Ratssitzung zahlreiche Veränderungswünsche für den Bau des Jugendzentrums vorgebracht wurden, forderte die SPD-Fraktion für die Umsetzung dieser Vorschläge eine baubegleitende Kommission aus Vertretern aller Fraktionen, dem Jugendzentrum und dem Jugendstadtrat. Damit könnte Bürgermeister Bechtluft sein Versprechen einlösen, berechnete Vorschläge zu prüfen und eine breite Akzeptanz für den Neubau des Jugendzentrums zu gewährleisten.

Zu den Anregungen gehörten zum Beispiel die Möglichkeiten von Solarenergienutzung genauso wie die Vergrößerung des Probenraumes für Musikbands. Auch die Möglichkeiten der Erweiterung von Lagerflächen und die Erweiterung von Mehrzweckräumen sollte in die Baugestaltung einfließen. Die Kommission könnte auch behilflich sein bei Vorschlägen für die Außengestaltung einschließlich einer eventuellen begrünter Einfriedung des Geländes. Außerdem könnte die Kommission

Vorschläge machen, wie Jugendliche bei der Bauausführung beteiligt werden könnten.

Mit den Möglichkeiten der vertieften Berufsorientierung könnte die Agentur für Arbeit Projekte fördern, bei denen Firmen Schülern die Möglichkeit geben, an bestimmten Bauarbeiten oder Bauausführungen unter Anleitung von Handwerkern mitzuwirken. Bei dieser vertieften Berufsorientierung könnte es sich um Maurerarbeiten, Malerarbeiten, Fliesenlegearbeiten, Holzverkleidungen und Tischlerarbeiten für Theke oder Bühnenelemente handeln. Selbst Pflasterarbeiten im Außenbereich könnten dazu gehören. Auch bei der Umsiedlung der Skaterbahn könnten Jugendliche beteiligt werden. Weitere Möglichkeiten wären sicherlich bei genauer Prüfung möglich. So könnten einerseits Kosten gespart, andererseits die Motivation und Identifikation der Jugendlichen mit dem Jugendzentrum gefördert werden.

Rückblick und Ausblick der SPD-Fraktion

Nach fast einem Jahr Ratsarbeit mit der neuen Fraktion blickte die SPD mit Sorgen in die Zukunft. Der Zerfall der CDU-Fraktion und die Unberechenbarkeit der FDP waren keine guten Voraussetzungen für die zukünftige Stadtpolitik. Hinzu kamen die Management-Fehler des neuen Bürgermeisters, die dem Ansehen der Stadt im Landkreis und im Land Niedersachsen schaden.

Die SPD-Fraktion war angetreten, im neuen Stadtrat konstruktiv die Interessen der Bürger zu vertreten. Sie wollte mit allen Fraktionen zusammen arbeiten, deren Interesse bei einer Stärkung der Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in der Stadt lagen.

Mit dem Zusammengehen von CDU und FDP wurde jedoch versucht, die SPD vom Informationsfluss abzuschneiden. Für den Entscheidungsprozess waren so oft keine ausreichenden Informationen vorhanden. Häufig wurden sie auch zu spät geliefert. Trotz dieser Behinderungen stellte die SPD-Fraktion die aktive Gestaltung und nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits-, und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger in Papenburg in den Mittelpunkt ihrer Arbeit für die nächsten vier Jahre. Dabei war sie sich bewusst, dass dies vor dem Hintergrund der sehr schwierigen Finanzsituation ein ehrgeiziger politischer Anspruch war.

Die Sicherstellung und der Ausbau einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur waren für die SPD von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität. Gleichmaßen waren sie unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung. Dies galt insbesondere für den Hafen als Lebensnerv der Stadt. Das Problem der Verschlickung des Hafens und die damit verbundenen Baggerungen beunruhigten die SPD-Ratsmitglieder. Die Kosten des Hafens sollten zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein. Die Fraktion regte an, gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kreis und Hafenstädten an der Ems zu unternehmen, damit die Kosten der Ausbaggerungen für die Ems und der Ems-Häfen nicht die Kommunen in ihrer Entwicklungsfähigkeit behinderten.

Dabei sollte auch die Möglichkeit des Baus einer Schleuse bei Gandersum erneut geprüft werden. Nach Auffassung der SPD ließen sich nur durch die Schließung der Ems bei Gandersum die Probleme der Verschlickung der Ems-Häfen lösen. Es müsste mit den Umweltverbänden offensiv darüber diskutiert werden, dass mit der Schließung des Sperrwerkes ein neues attraktives Naturreservat entstehen könnte, das für die Umwelt nützlicher wäre als der gegenwärtige Zustand der Ems. Außerdem könnte sich dadurch die Ems von Herbrum bis Gandersum zu einem touristischen Kleinod entwickeln.

Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Oldenburger Straße

Begrüßt wurde die von der SPD vorgeschlagene Umsetzung Maßnahme der Geschwindigkeitsbegrenzung an der Kreuzung Oldenburger Straße und Gutshofstraße in Aschendorfermoor. Jetzt wurde hier eine Tempobegrenzung auf 80 km/h festgesetzt.

Ebenso wurde die Forderung nach dem Bau einer Ampelanlage an der Kreuzung Moorstraße Russelstraße erfüllt. Hier sollte es aber eine zusätzliche Verbesserung für Fußgänger und Fahrradfahrer geben. Sie sollten eine automatische Freischaltung erhalten und sie sollten nicht extra gezwungen werden, selbst für die Freischaltung an der Ampel zu sorgen. Statt

gleichzeitig mit dem Autoverkehr die Kreuzung queren zu können, mussten sie häufig lange warten, bis ihnen die Kreuzung freigegeben wurde.

Auch die Forderung nach einer Einbahnstraße am Stadion hatte sich bei einem Sportfest bestens bewährt. Deshalb forderte die SPD, dauerhaft die Straße Am Stadion vom Scheideschloot an als Einbahnstraße in Richtung Gutshofstraße und der Ahldersweg von der Gutshofstraße in Richtung Diekhausstraße als Einbahnstraße umzuwandeln.

Weiter erinnerte die SPD-Fraktion an ihren Vorschlag, mit dem Bau eines Kreisels am Hauptkanal zwischen Russelstraße

22.01.2017

und Hermann Lange Straße die Verkehrssituation am Hauptkanal zu verbessern. Aus dem gleichen Grund sollte die

Rettungs-wache des Krankenhauses auf den Marktplatz verlegt werden.

August 2007

PROKON muss ihre Anlage nachbessern

PROKON versprach vor dem Bau des Heizkraftwerks, keine hochbelasteten Abfallstoffe zu verbrennen. Deshalb erfolgte der Bau des Biomasseheizkraftwerks auch mit Zustimmung der SPD. In einem besonderen Vertrag wurde die Verbrennung von hoch belasteten Schadstoffen ausgeschlossen.

Jetzt beantragte PROKON eine Veränderung dieses Vertrages dahingehend, dass eine Verbrennung von Schadstoffhaltigen Materialien wie zum Beispiel Bahnschwellen möglich wäre. Damit war das Vertrauen in die Umweltverträglichkeit des Biomasseheizkraftwerkes in Frage gestellt. Um das verlorene Vertrauen neu aufzubauen, forderte die SPD-Fraktion eine Nachrüstung des Biomasseheizkraftwerkes auf den neuesten Stand der Technik.

Bei dem Genehmigungsverfahren in Bützflathersand in Stade war PROKON-Nord auf Druck der Bevölkerung bereit, um 25 – 50 % niedrige Vorhaltewerte gegenüber der Bundesimmissionsschutzverordnung bei der dort geplanten Anlage vorzunehmen. Jetzt sollte nach diesen Vorgaben von der dortigen Verwaltung ein entsprechender Vertrag mit PROKON-Nord ausgehandelt werden. Die Stadt Stade war somit in der Lage, Bedingungen zu stellen, die weitergehende Umweltbedingungen enthalten und Menschen und Natur schützen.

SPD-Ratsherr Peter Raske fragte, warum dagegen in Papenburg jetzt unbedingt eine Vertragsänderung durchgesetzt werden sollte und warum dieser Vertrag so nicht weiter bestehen bleiben könnte? Er erinnert daran, dass Grenzwerte zur Bewertung von Technik geschaffen wurden und nicht, um Menschen mehr Schadstoffe zu zumuten.

Für den Fall, dass PROKON an der Verbrennung von Bahnschwellen festhielt, forderte die SPD-Fraktion eine toxikologische Begleitung der Verbrennung, um die Änderungen der

Staubzusammensetzung und der Emissionen zu untersuchen.

Unabhängig von der Vertragsänderung sollte die Stadtverwaltung bei PROKON darauf hin wirken, eine Erhöhung der Verbrennungstemperatur auf mindestens 850 °C vorzunehmen. Außerdem forderte die SPD einen Anlagenanschluss an ein Emissionsfernüberwachungssystem und bei Überschreitungen Abschaltung der Anlage. Gefordert wurde weiterhin der AMESA-Einbau sowie Messeinrichtung zur Überwachung der Quecksilberemission und monatliche Schwermetallmessung.

Für den Fall der Genehmigung der Vertragsänderung forderte die SPD in der Folge eine Untersuchung der Auswirkungen der geänderten Anlagen-Emissionen auf die Region um Papenburg.

Die SPD-Fraktion führte eine Bürgerversammlung zum Thema Bahnschwellenverbrennung durch, von der die Ems-Zeitung berichtete.

Müllverbrennung im Schafspelz

Ökologe Klaus Koch kritisiert Biomassekraftwerke

ys PAPENBURG. „Ich bin nicht hier, um die Firmen BIRO und Prokon Nord schlechtzumachen“, sagte Klaus Koch am Mittwochabend im Hotel Hilling zu Beginn seines Vortrags über die Problematik von Biomasseheizkraftwerken. Ein gutes Zeugnis stellte er den beiden Betrieben aber beileibe nicht aus. Für den Ökologen vom Umweltnetzwerk in Hamburg sind derartige Kraftwerke nichts weiter als „Müllverbrennungsanlagen im Schafspelz“.

Der 56-jährige Wissenschaftler war einer Einladung des SPD-Ortsausschusses gefolgt. Die etwa 40 Zuhörer, davon zahlreiche aus dem benachbarten Westoverledingen, bekamen eine Fülle von Details zur Technik und zum Betrieb von Biomassekraftwerken zu hören. Im Mittelpunkt der Kritik Kochs stand dabei die aus seiner Sicht völlig unzureichende Kontrolle des Schadstoffausstoßes.

Schlecht weg kam auch das Bundesimmissionsschutzgesetz, in dem geregelt wird, welche Schadstoffe in welcher Konzentration in die Luft geblasen werden dürfen. Die in dem Gesetz festgelegten Mengen sind laut Koch viel zu hoch, und außerdem werde eine Vielzahl von zum Teil stark krebserregenden Stoffen in den Vorschriften gar nicht erfasst. Also werde auch nicht

geprüft, ob sie bei der Verbrennung anfielen.

Bei dem Kraftwerk im Papenburger Nordhafen ist für Koch vor allem die unzureichende – weil nur zweistufige – Rauchgasreinigung bedenklich. Es gebe zum Beispiel eine Müllverbrennungsanlage älteren Datums in Bielefeld, in der das anfallende Rauchgas in acht Stufen behandelt werde. Belastend für die Umwelt sei auch, dass es für Prokon Nord eine Sondergenehmigung gebe, nach der die Verbren-

den Hölzern. Altholz wird in vier Kategorien (A I bis IV) eingeteilt. Dabei gelten die als A III und A IV eingestuftes Hölzer als belastet bzw. schwer belastet. Bis jetzt hat die Firma BIRO keine Genehmigung, Holz der Klasse IV auf dem Betriebsgelände zu behandeln, also zu schreddern oder längere Zeit zu lagern. „Dies wird meines Wissens auch nicht gemacht“, so Koch.

Erstaunt sei er allerdings, dass dort von 6 bis 22 Uhr gearbeitet werde. Das sei in anderen vergleichbaren Unternehmen nicht üblich. Er sprach sich zudem dafür aus, das Schreddern grundsätzlich nicht unter freiem Himmel, sondern in Hallen oder einem geschlossenen System durchzuführen. Dadurch könne die Staub- und Lärmbelastung der Anwohner ganz erheblich gemindert werden.

Als Fazit forderte Koch, beim Betrieb von Biomasseheizkraftwerken eine toxikologische Begleitung zur Pflicht zu machen. Außerdem müsse nicht nur, wie jetzt vorgeschrieben, nur einmal pro Jahr, sondern ständig der Schadstoffausstoß gemessen werden. Dazu gehöre auch, mehrstufige Rauchgasreinigungsanlagen vorzuschreiben. Eine entsprechende Umrüstung des Werkes in Papenburg würde nach seiner Schätzung drei bis fünf Millionen Euro kosten.

„Jetzt versucht man es auf dem platten Land“

Klaus Koch zur Schwellen-Verbrennung

nungstemperatur nicht wie üblich 850, sondern nur 790 Grad Celsius betragen muss.

Vor diesem Hintergrund stelle die von Prokon beantragte Verbrennung von Eisenbahnschwellen ein viel zu hohes Risiko für Mensch und Natur dar. Koch: „Ein ähnliches Vorhaben ist in dem Prokon-Werk bei Hamburg an zu hohen Auflagen gescheitert, jetzt versucht man es eben auf dem platten Land.“

Bahnschwellen sind nach seinen Angaben nach 25-jährigem Gebrauch noch mit rund zehn Kilogramm Steinteerölen verseucht und gehören damit zu den als besonders gefährlich anzusehen-

22.01.2017



Seine Kritik an Biomassekraftwerken erläuterte der Ökologe Klaus Koch Politikern und Bürgern aus der Stadt Papenburg und der Gemeinde Westoverledingen. Foto: Aloys Schulte

SPD: Aufweichung des Prokon-Vertrages verhindern

Appell an Ratsmitglieder – Keine Bahnschwellen-Verbrennung

ys **PAPENBURG.** Für Hartmut Bugiel, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Papenburger Stadtrat, steht fest, dass die von der Firma Prokon Nord geplante Verbrennung von Bahnschwellen unbedingt verhindert werden muss.

Der Vortrag des Ökologen Klaus Koch (siehe Bericht oben) habe wissenschaftlich fundiert und sehr aufschlussreich die Gefahren für Mensch und Umwelt aufgezeigt. Bugiel: „Wir werden alles daransetzen, in der Ratsitzung am 18. Oktober die Aufweichung des 2001 geschlossenen Vertrages zu verhindern.“ Damals sei vereinbart worden, bestimmte Stoffe nicht zur Verbrennung zuzulassen. Dazu gehörten laut Bugiel auch Hühnermist und stark belastete Hölzer wie Bahnschwellen. Er appellierte an das Verantwortungsgefühl aller Ratsmitglieder, auf den von ihren Vorgängern durchgesetzten Vereinbarungen zu bestehen.

SPD-Ratsherr Wilhelm Kröger war sich mit seinem ehemaligen Kollegen Hermann Plock (CDU) einig, dass es darüber einen parteiübergreifenden Konsens geben müsse. Wenn der Katalog ge-

kippt werde, habe die Stadt keinen Einfluss mehr darauf, was im Biomasseheizkraftwerk verfeuert werde.

Peter Raske (SPD) warf dessen Leiter, André Hamers, vor, er habe das der Firma entgegengebrachte „Vertrauen verspielt“. So sei eine Verlegung des BIRO-Holzlagers an das Kraftwerk zugesagt worden, „aber geschehen ist nichts“.

Mitarbeiter erkrankt

Die Belastungen durch das Lager seien nicht mehr hinnehmbar, so Raske. Die jetzt vom Gewerbeaufsichtsamt Emden angeordneten Schadstoffmessungen würden nicht von der Behörde selbst, sondern von der Firma Eurofins durchgeführt. Diese habe nach seinen Informationen bereits mehrfach für Prokon „gearbeitet“. Außerdem sei das Messverfahren nicht geeignet, aussagekräftige Ergebnisse zu bringen.

Kritik am Gewerbeaufsichtsamt übte auch Werner Post, dessen Werbeagentur in direkter Nachbarschaft zum Holzlager angesiedelt ist. Er habe sich vor Monaten über die ständig steigenden Belastungen durch Feinstaub be-

klagt. Daraufhin sei ihm mitgeteilt worden, dass er der Einzige sei, der sich beschwere. Später habe er erfahren, dass sich sehr wohl auch andere Bürger beim Amt über Geruchs- und Staubemissionen beklagt hätten. Post: „Ich kann mir nicht erklären, warum eine Behörde so mit den Leuten umgeht.“

Es sei nicht seine Absicht, BIRO Schwierigkeiten zu machen. In der letzten Zeit sei auch schon vieles besser geworden. Es sei aber nicht akzeptabel, dass er binnen kurzem vier Mitarbeiter verloren habe, weil diese sich aufgrund der Staubbelastung krank fühlten und gekündigt hätten. Post forderte, das Schreddern der Hölzer grundsätzlich in Hallen vorzunehmen. „So wie es jetzt läuft, geht es wirklich nicht mehr weiter.“

BIRO-Geschäftsführer Ulrich Schieferstein wies in der Versammlung darauf hin, dass der Betrieb nach den gesetzlichen Vorschriften arbeite. „Ein Schreddern von Bahnschwellen kann aus meiner Sicht nur in Hallen durchgeführt werden. Bei den anderen Hölzern sehe ich die Notwendigkeit allerdings nicht“, so Schieferstein.

„Biomasseheizkraftwerk auf neuesten Stand nachrüsten“

SPD will Erhöhung der Verbrennungstemperatur

PAPENBURG. Die Nachrüstung des Biomasseheizkraftwerkes im Papenburger Nordhafen auf den neuesten technischen Stand fordert die SPD-Stadtratsfraktion von Anlagenbetreiber Prokon. Prokon solle in der Kanalstadt die gleiche Technik zum Einsatz bringen, die derzeit bei der Genehmigung für ein Werk in Bützflethersand zur Diskussion stehe.

In einer Presseerklärung der Sozialdemokraten heißt es mit Blick auf die Entscheidung über eine Verbrennung hochbelasteter Bahnschwellen im Stadtrat im Oktober: „Prokon versprach vor dem Bau des Werkes, keine hochbelasteten Abfallstoffe zu verbrennen. Um jetzt verlorenes Vertrauen neu aufzubauen, fordern wir eine Nachrüstung des Werkes sowie den Einbau einer Messeinrichtung zur Überwachung der Quecksilberemission, monatliche Schwermetallmessung und den An-

schluss des Werkes an ein Emissionsfernüberwachungssystem.“ Bei Überschreitungen der Werte müsse die Anlage zukünftig unverzüglich abgeschaltet werden.

Die SPD-Fraktion schreibt weiter, dass nach ihren Informationen Prokon bei dem Genehmigungsverfahren in Bützflethersand in Stade auf

– ANZEIGE –

Ihre Immobilie
www.vr-emsland.de

Druck der Bevölkerung bereit sei, um 25 bis 50 Prozent niedrigere Vorhaltewerte einzuhalten, als es die Bundesimmissionsschutzverordnung vorschreibe.

Nach Vorgaben der dortigen Verwaltung werde ein entsprechender Vertrag mit Prokon ausgehandelt. SPD-Ratsherr Peter Raske: „Die Stadt Stade ist somit in der Lage, Bedingungen zu stel-

len, die weitergehende Umweltbedingungen enthalten und Menschen und Natur schützen.“ Er frage sich, warum dagegen in Papenburg „jetzt unbedingt eine Vertragsänderung durchgesetzt werde“. Für den Fall, dass Prokon an der Verbrennung von Bahnschwellen festhalte, müsse eine toxikologische Begleitung der Verbrennung vorgenommen werden, um die Änderungen der Staubzusammensetzung und der Emissionen zu untersuchen. Unabhängig von der Vertragsänderung sollte die Stadtverwaltung darauf hinwirken, eine Erhöhung der Verbrennungstemperatur auf mindestens 850 Grad Celsius vorzunehmen.

Abschließend heißt es: „Für den Fall der Genehmigung der Vertragsänderung fordern wir in der Folge eine Untersuchung der Auswirkungen der geänderten Anlagen-Emissionen auf die Region.“

Liefert Prokon Dampf für neues Bioethanolwerk?

Verhandlungen laufen über ein Drittel der Kraftwerksleistung

PAPENBURG. Das Prokon-Biomasseheizkraftwerk und das ab September entstehende neue Bioethanolwerk im Papenburger Nordhafen könnten ab 2008 voneinander profitieren.

Auf Anfrage bestätigte gestern Prokon-Geschäftsführer André Hamers Informationen unserer Zeitung, dass zwischen seinem Unternehmen und der Bioethanol Emsland (BEE) derzeit Verhandlungen laufen, für die Herstellung des Agraralkohols Dampf aus dem Biomasseheizkraftwerk zu beziehen.

Hamers: „Eine technische Lösung für eine Vernetzung

zwischen uns und dem Ethanolwerk gibt es. Angedacht ist, dass wir pro Stunde rund 30 Tonnen Dampf an das Ethanolwerk abgeben.“

Derzeit gehe es darum, ob diese „Ehe“ für beide Seiten betriebswirtschaftlich Vorteile bringe.

Sollte es zu der Zusammenarbeit kommen, würde nach Aussage Hamers zukünftig etwa ein Drittel der Tagesleistung des Biomasseheizkraftwerkes an das Bioethanolwerk abgegeben werden. Entsprechend würde sich die Menge des durch das Werk produzierten Stroms, der eingespeist werde, reduzieren.



Prokon: Bald Lieferant für das neue Bioethanolwerk?

22.01.2017

SPD vermutet Chaos in der Bauverwaltung

Nachdem die angekündigte Sperrung der Seeschleuse kurzfristig vertagt wurde, fragten sich die Ratsmitglieder, ob die Verwaltung noch Herr des Verfahrens war?

Nachdem die SPD-Fraktion bei der letzten Ratssitzung der Wiederwahl des Stadtbaurates zustimmte, entstanden vor dem Hintergrund der jetzt bekannt gewordenen Zustände der Schleusen und des Hafens Zweifel, ob diese Entscheidung richtig war.

Wie konnte es geschehen, dass unmittelbar nach Veröffentlichung des Schließungstermins für die Seeschleuse dieser Termin verschoben wurde, weil angeblich für die Reparatur notwendige Materialien und Gerätschaften nicht verfügbar waren. Hätte dies nicht vor der Absprache des Schließungstermins geklärt werden müssen oder gab es andere Gründe für die Verschiebung? Könnte es sein, dass die Beschädigung der Schleuse wesentlich größer war und bei der Reparatur mit einem unkalkulierbaren längeren Ausfall gerechnet werden musste. Waren auch Zulieferungen zur Meyer-Werft gefährdet?

Das Problem der Verschlickung des Hafens und die damit verbundenen Kosten beunruhigten die SPD-Ratsmitglieder ebenfalls. Es stellte sich die Frage, ob die notwendigen Reparaturkosten und Hafeninvestitionskosten nicht wesentlich höher veranschlagt werden müssten als bisher bekannt war und ob sie schon vor der Wiederwahl von Dirk Landeck bekannt waren? Welche Rolle spielte bei der Terminierung der Entscheidung die Wiederwahl von Dirk Landeck der Bürgermeister? Kannte er die Probleme der Schleusenreparaturkosten? Die SPD-Fraktion forderte, die nächste Ratssitzung mit einem Nachtragshaushalt vorzuziehen und dort das ganze Ausmaß der Hafeninvestitionskosten einschließlich der Kosten für das für das Bioethanolwerk notwendige Wendebecken

darzustellen. Die Kosten des Hafens dürften zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein.

SPD vermutet Chaos in der Bauverwaltung

Vorwürfe gegen Baurat wegen Schleuse

PAPENBURG. Mit Besorgnis beobachtet die SPD-Fraktion im Stadtrat Papenburg die Maßnahmen zur Reparatur der Seeschleuse. Nachdem die angekündigte Sperrung der Seeschleuse kurzfristig vertagt wurde, stellt sich für die Sozialdemokraten die Frage, ob die Verwaltung noch Herr des Verfahrens sei.

In einer Pressemitteilung attackiert die Fraktion Stadtbaurat Dirk Landeck. „Nachdem wir der Wiederwahl des Stadtbaurates zugestimmt haben, entstehen vor dem Hintergrund der jetzt bekanntgewordenen Zustände der Schleusen und des Hafens Zweifel, ob diese Entscheidung richtig war.“

Die SPD-Fraktion fragte sich, wie es geschehen könne, dass unmittelbar nach Veröffentlichung des Schließungstermins für die Seeschleuse dieser Termin verschoben werde, weil angeblich für die Reparatur notwendige Materialien und Gerätschaften nicht verfügbar seien. Ratsherr Peter Raske erklärte gegenüber unserer Zeitung: „Wir vermuten hier ein Chaos in der Bauverwaltung. Hätte dies nicht vor der Absprache des Schließungstermins geklärt werden müssen, oder gibt es andere Gründe für die Verschiebung? Könnte es sein, dass die Beschädigung der Schleuse wesentlich größer ist und bei der Reparatur mit einem unkalkulier-

baren längeren Ausfall zu rechnen ist und damit unter anderem auch Zulieferungen zur Meyer Werft gefährdet sind?“

Die SPD-Fraktion beunruhigt das Problem der Verschlickung des Hafens und die damit verbundenen Kosten. „Es stellt sich die Frage, ob die notwendigen Reparaturkosten und Hafeninvestitionskosten nicht wesentlich höher veranschlagt werden müssen als bisher bekannt und ob sie schon vor der Wiederwahl von Dirk Landeck bekannt waren.“

Kosten müssen auf Tisch

Von Interesse für die SPD-Fraktion ist dabei, welche Rolle bei der Terminierung der Entscheidung der Wiederwahl von Dirk Landeck der Bürgermeister gespielt habe und ob er die Probleme der Schleusenreparaturkosten kannte. Die SPD-Fraktion fordert, die nächste Ratssitzung mit einem Nachtragshaushalt vorzuziehen und dort das ganze Ausmaß der Hafeninvestitionskosten einschließlich der Kosten des für das Bioethanolwerk notwendigen Wendebeckens darzustellen.

Raske erklärte auf Nachfrage: „Wir wollen, dass jetzt alle Kosten rund um den Hafen zusammengestellt und auf den Tisch gelegt werden.“ Für die SPD-Fraktion dürfen die Kosten des Hafens zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein.

Ems-Zeitung 12.08.2007

22.01.2017

SPD fordert: Prokon muss nachrüsten

Das Biomasseheizkraftwerk in Papenburg sei nicht auf dem neuesten Stand der Technik. Das erklären die Sozialdemokraten.

PAPENBURG. „Wir haben dem Biomasseheizkraftwerk in Papenburg vor allem deshalb zugestimmt, weil Prokon vor dem Bau versprochen hatte, keine hoch belasteten Abfallstoffe zu verbrennen“, teilt die SPD Papenburg jetzt in einer Presseerklärung mit. Insbesondere weist die Fraktion auf einen besonderen Vertrag hin, in dem die Verbrennung hoch belasteter Schadstoffe ausgeschlossen wurde. Um jetzt verlorenes Vertrauen neu aufzubauen, fordert die SPD-Fraktion Prokon auf, das Kraftwerk auf den neuesten Stand der Technik nachzurüsten.

Wie die SPD erfahren hat, ist Prokon-Nord bei dem Genehmigungsverfahren in Bützflethersand in Stade auf Druck der Bevölkerung bereit, um bis zu 50 Pro-

zent niedrigere Vorhalte- werte gegenüber der Gesetzgebung bei der geplanten Anlage vorzunehmen. „Warum soll dagegen in Papenburg unbedingt eine Vertragsänderung durchgesetzt werden und warum kann dieser Vertrag so nicht weiter bestehen bleiben?“, fragt Peter Raske. Für den Fall, dass Prokon an der Verbrennung von Bahnschwellen festhalte, fordert er eine toxikologische Begleitung der Verbrennung, um die Änderungen der Staubzusammensetzung und der Emissionen zu untersuchen.

Unabhängig von der Vertragsänderung sollte die Stadtverwaltung bei Prokon darauf hinwirken, eine Erhöhung der Verbrennungstemperatur auf mindestens 850 Grad vorzunehmen. Außerdem fordert die SPD einen Anlagenanschluss an ein Emissionsfernüberwachungssystem und bei Überschreitungen Abschaltung der Anlage. Für den Fall der Genehmigung der Vertragsänderung fordert die SPD eine Untersuchung der Auswirkungen der geänderten Anlagen-Emissionen auf die Region.

„Warum kann dieser Vertrag so nicht weiter bestehen bleiben?“

Peter Raske

Wirbel um zugesagtes Gutachten

Das Brandschutzkonzept der Biro GmbH in Papenburg sollte einem Experten zugesandt werden. Die Firma will davon nichts wissen.

Von Jürgen Eden

PAPENBURG. Die Papenburger SPD übt schwere Kritik an der Informationspolitik der Biro GmbH. Mit Blick auf die mögliche Verbrennung von mit Teeröl belasteten Bahnschwellen im benachbarten Heizkraftwerk von Prokon-Nord befürchten die Sozialdemokraten im Falle eines Brandes der Schwellen im Lager von Biro eine erhebliche Dioxinbelastung. Streitpunkt ist jetzt das Brandschutzgutachten der GmbH. „Hat die Feuerwehr überhaupt die Möglichkeit, dort mit geeigneten

Mitteln einen Brand zu verhindern?“, fragt Peter Raske (SPD). Dafür interessierte sich jüngst auf einer Bürgerversammlung auch Klaus Koch vom Hamburger Umweltnetzwerk. „Mir wurde die Übersendung des Gutachtens vor 50 Zuhörern zugesichert“, behauptet der Experte. Davon will der an dem Abend anwesende Biro-Geschäftsführer Ulrich Schieferstein allerdings nichts wissen: „Wir geben jederzeit nach Terminabsprache gerne Einblicke, jedoch lasse ich die Unterlagen nicht unkommentiert aus der Hand“, so Schieferstein. „Wer so reagiert, hat etwas zu verbergen“, sagt Peter Raske. Koch wurden bereits nach Informationen des „Weckers“ rechtliche Schritte von Biro angedroht, sollte er seine Behauptung aufrecht erhalten. Die SPD verlangt nun eine Aufklärung von der Stadt und dem Landkreis, die für die Gefahrenabwehr zuständig sind.

„Wer so reagiert, hat etwas zu verbergen“

Peter Raske

Der Wecker 17.08.2007

Der Wecker 12.08.2007

Mangelnde Information über Rektorenvakanz in Papenburger Schulen

Die SPD-Fraktion war verwundert darüber, dass sie über das Ausmaß des Rektoren mangels in Papenburger Schulen erst über die Zeitung informiert wurde. Warum wurde dieses Problem nicht bereits in der letzten Schulausschusssitzung behandelt? „Wollte die Ausschussvorsitzende Annette Pöttker

von den Problemen der Schulen ablenken oder ist der Kita-/Schul- und Jugendausschuss zu groß, um allen Bereichen ausreichend Platz für eine Information und Diskussion einzuräumen?“ fragte SPD-Rats Herr Peter Raske. Die Probleme bei der Besetzung der Schulleiterstellen hätten

22.01.2017

größtenteils schon bei der letzten Kita- /Schul- und Jugendausschusssitzung bekannt sein müssen, meinte er.

Die mangelnde Bereitschaft der Lehrer, sich der Verantwortung für eine Schulleitung zu stellen, wäre für Papenburger Verhältnisse ungewohnt. Gründe für diese Zurückhaltung sah die SPD in der jahrelangen Vernachlässigung der Schulen bei der baulichen und sachlichen Ausstattung. Gerade die Schulleiterstelle der Realschule machte deutlich, dass hier auf den zukünftigen Leiter oder die Leiterin eine Sisyphusarbeit zukäme, um sich als attraktive Schulform gegenüber einem vom Landkreis bestens ausgestattetem Gymnasium behaupten zu können.

Es fehlte außerdem für die Grundschulen ein Entwicklungsplan, der die Entwicklung der Schülerzahlen für die nächsten 5 Jahre berücksichtigt und Modelle mit unterschiedlichen Schuleinzugsgebieten aufzeigte, bemängelte SPD-Ratsherr Bernhard Schmees. Ein solcher Plan würde auch potentiellen Bewerbern für eine Schulleiterstelle Sicherheit geben, dass die Schulleiterstelle auch dauerhaft Bestand hätte.

SPD-Ratsherr Jürgen Broer forderte Frau Pöttker auf, ihre Aufgabe als Ausschussvorsitzende ernst zu nehmen und nicht nur Themen auf die Tagesordnung zu bringen, mit denen sie glänzen könnte. Es wäre auch ihre Aufgabe, auf Schwierigkeiten hinzuweisen und die Verwaltung zu veranlassen, Lösungen dafür zu erarbeiten.

SPD: Schulvernachlässigung Grund für Rektorenmangel

Kritik an Informationspolitik und CDU-Ausschusschefin Pöttker – Entwicklungsplan fehlt

PAPENBURG. Die mangelnde Bereitschaft von Lehrern, in Papenburg die Leitung einer Schule zu übernehmen, ist nach Meinung der SPD-Fraktion auf die Vernachlässigung der baulichen und sachlichen Ausstattung der Bildungseinrichtungen durch die Stadt Papenburg zurückzuführen.

In einer Pressemitteilung reagieren die Sozialdemokraten auf einen Bericht unserer Zeitung, in dem auf die feh-

lenden Bewerber für drei Grundschulen eingegangen wurde.

Die Fraktion zeigt sich zudem verwundert, dass sie über das Ausmaß des Rektoren mangels erst aus der Presse erfahren hat. Fraktionsmitglied Peter Raske: „Es stellt sich die Frage, warum dieses Problem nicht bereits in der letzten Schulausschusssitzung behandelt wurde? Wollte die CDU-Ausschussvorsitzende Annette

Pöttker von den Problemen der Schulen ablenken? Oder ist der Kita-/Schul- und Jugendausschuss zu groß, um allen Bereichen ausreichend Platz für eine Information und Diskussion einzuräumen?“ Nach Ansicht Raskes hätten die Probleme bei der Besetzung größtenteils schon bei der letzten Ausschusssitzung bekannt sein müssen.

Die mangelnde Bereitschaft der Lehrer, sich der

Verantwortung für eine Schulleitung zu stellen, ist nach seiner Auffassung für Papenburger Verhältnisse ungewohnt und könnte in der baulichen und sachlichen Ausstattung begründet sein. „Gerade die Schulleiterstelle der Realschule macht deutlich, dass hier auf den zukünftigen Leiter oder die Leiterin eine Sisyphusarbeit zukommen wird, um sich als attraktive Schulform gegenüber einem vom Landkreis

bestens ausgestattetem Gymnasium behaupten zu können.“

Nach Ansicht von Ratsherr Bernhard Schmees fehlt für Papenburg außerdem für die Grundschulen ein Entwicklungsplan, der die Schülerzahlen für die nächsten fünf Jahre berücksichtigt und Modelle mit unterschiedlichen Schuleinzugsgebieten aufzeigt. Ein solcher Plan würde auch potenziellen Bewerbern für eine Schulleiterstelle Si-

cherheit geben, dass „die freie Rektorenstelle auch dauerhaft Bestand hat“.

SPD-Ratsherr Jürgen Broer fordert die CDU-Ausschusschefin Pöttker auf, ihre Aufgabe ernst zu nehmen und „nicht nur Themen auf die Tagesordnung zu bringen, mit denen sie glänzen kann“. Es sei auch ihre Aufgabe, auf Schwierigkeiten hinzuweisen und die Verwaltung zu veranlassen, Lösungen dafür zu erarbeiten.

Ems-Zeitung 12.08.2007

Forderung für Unterstützung von Kindern mit SGB II-Bezug bei Schulmaterialien

Seit Anfang des Jahres 2005 war die SGB II-Regelung in Kraft getreten. Danach bezogen in der Bundesrepublik etwa 5,6 Mio. Menschen das so genannte Arbeitslosengeld II. Nach Schätzungen der Gewerkschaft verdi Osnabrück/Emsland gab es ca. 2.500 schulpflichtige Kinder im Landkreis Emsland, die von Sozialgeld leben mussten. Für diese Kinder war der geringe Regelsatz von 208 € äußerst prekär, da er nicht nur viel zu niedrig angesetzt war, sondern auch noch den für die Zukunft der Kinder enorm wichtigen Posten Bildung einfach ausklammerte.

Die SPD im Emsland unterstützte die Gewerkschaft verdi in ihrer Forderung nach der Einrichtung eines kommunalen Fonds, aus dem die Mittel zur Anschaffung der Schulmaterialien für SGB II-Empfänger bezahlt werden könnten. Gleichzeitig bekräftigte sie ihre Forderung nach Wiedereinführung der landesweiten Lernmittelfreiheit.

Die Lernmittelfreiheit wurde in Niedersachsen zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschafft. Eltern konnten seitdem den Großteil der Schulbücher über die Schulen gegen eine pauschale Gebühr ausleihen, oder sie mussten die Bücher aus

eigener Tasche bezahlen. Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte waren von der Ausleihgebühr befreit. Aber für Arbeitshefte, Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Malutensilien, Kopiergeld, Sportsachen, einfache Ausflüge und Wandertage, Theaterbesuche u.ä., Klassenkasse usw. erhielten die betroffenen Familien im Monat keinen Cent. Je nach Schulstufe konnten so Kosten zwischen 100 und 300 € pro Kind und Schuljahr entstehen.

Für die SPD durfte das Einkommen der Eltern keinen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben. Genau dies war aber der Fall, wenn die Eltern von einem viel zu niedrigem Einkommen lebten und ihre Kinder von einem Regelsatz, welcher ebenfalls viel zu gering war, das Essen, die Kleidung, die Spielsachen und eben die Schule finanzieren sollte.

Zum Start und zur Erprobung sollte das Zentrum für Arbeit im Emsland einen Fonds einrichten, so dass für jedes Kind zunächst durchschnittlich 100 € pro Schuljahr zur Verfügung stünden. Dieser Zuschuss würde im Einzelfall bedarfsorientiert gewährt. Sollte sich herausstellen, dass der allgemeine Bedarf höher war, müsste der Fonds entsprechend aufgestockt werden.